



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Finanztransaktionssteuer nimmt Bürger mit

Die Weimarer CDU-Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Bundestags-Finanzausschussvorsitzende Antje Tillmann reagiert auf Äußerungen des Weimarer FDP-Stadtrats Dirk Heinze über ihre Auffassung zur Finanztransaktionssteuer:

Berlin, 31. Juli 2012
Redaktion: Alexander Wahsner

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 585

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

„Die Einführung der Finanztransaktionssteuer nur in Europa oder in wenigen Staaten der Euro-Zone wird zu großen Teilen tatsächlich nicht die treffen, für die sie gedacht ist. Die Bürgerinnen und Bürger wollen die Steuer aber seit Jahren, weil mit ihr ein tiefes in der Bevölkerung vorhandenes Gerechtigkeitsempfinden gestillt wird. Ich finde es sinnvoll, auch mal auf das zu hören, was die Mehrheit der Bevölkerung von ihrer Volksvertretung verlangt. Wir befinden uns in unruhigen Zeiten, die Menschen machen sich große Sorgen. Und die Politik muss zugeben, dass sie den Wählerinnen und Wählern seit der Finanzkrise eine ganze Menge zumutet. Deshalb muss die Ausgestaltung der Steuer so gewählt werden, dass es nicht zu Mehrbelastungen für Sparerinnen und Sparer oder für die Realwirtschaft kommt.

Die Finanztransaktionssteuer wird Mehreinnahmen generieren. Dadurch für die nächste Krise besser gewappnet zu sein als für die aktuelle kann für das Finanzsystem und die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler nur gut sein.

Anmerkung für die Redaktion: Ab hier wird es vielleicht zu technisch für den Lokalteil. Ich möchte dennoch mein Konzept in Gänze erklären.

Für sehr viel wirkungsvoller halte ich aber die Besteuerung von Wertpapieraufträgen im Hochfrequenzhandel, die kurz vor Ausführung wieder storniert werden, wenn die Zahlungsbereitschaft des Handelspartners bekannt ist. Hochfrequenzhändler werden damit in die Lage versetzt, den Verkauf wenig später mit maximaler Rendite durchzuführen. Eine Steuer auf die Stornierung würde das verhindern.

Wirksam eingeschränkt werden könnte der Hochfrequenzhandel auch durch die Einführung angemessener Haltefristen, die den schnellen Handel in Sekundenbruchteilen unattraktiv macht. Wird die Haltefrist



nicht eingehalten, ist die Steuer fällig; wird sie eingehalten, ist der Handel steuerfrei und gleichzeitig entschleunigt.“